



STEUERREGLEMENT

Stand: ~~30. Januar 2006~~ 18. August 2009

Gestützt auf § 257 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern.

Präambel

Gleichstellung der Geschlechter; Sämtliche Bestimmungen und Funktionsbezeichnungen dieses Reglements gelten - unbesehen der Formulierung - in gleicher Weise für beide Geschlechter.

I. Steuerhoheit

§ 1

Die Einwohnergemeinde Fulenbach erhebt auf der Grundlage des Steuergesetzes (StG) vom 01. Dezember 1985 die Einkommens- und Vermögenssteuern ~~und Personalsteuern~~ von den natürlichen Personen sowie Gewinn- und Kapitalsteuern ~~und Personalsteuern~~ von den juristischen Personen.

II. Steuerpflicht

§ 2 Natürliche und juristische Personen

Der Einwohnergemeinde Fulenbach gegenüber sind die natürlichen und juristischen Personen steuerpflichtig, für welche eine steuerliche Zugehörigkeit im Sinne von §§ 8 - 10 und § 85 sowie § 250 des Steuergesetzes zur Gemeinde besteht.

~~§ 3 Bürgergemeinde Fulenbach~~

~~Die Bürgergemeinde Fulenbach ist gemäss Gemeindeversammlungsbeschluss vom 18. Februar 1963 von der ordentlichen Steuerpflicht befreit.~~

Interne Ergänzung:

Diese Formulierung ist überflüssig, da Bürgergemeinden, Kirchgemeinden und öffentlich-rechtliche Körperschaften (z.B. EFU) gemäss kantonalem Steuergesetz § 90 von der Steuerpflicht befreit sind.

Einzige Ausnahme bei den öffentlich-rechtlichen Körperschaften bilden die Grundstückgewinnsteuern.

III. Steuerfuss

§ 3 Im Allgemeinen

- 3.1 Die Gemeindesteuer wird in Prozenten der ganzen Staatssteuer erhoben (Steuerfuss).
- 3.2 Die Gemeindeversammlung beschliesst alljährlich bei der Festsetzung des Voranschlages den Steuerfuss für das folgende Jahr.

- 3.3 Für die natürlichen und für die juristischen Personen kann ein unterschiedlicher Steuerfuss festgelegt werden; der Steuerfuss für juristische Personen darf vom Steuerfuss für natürliche Personen um nicht mehr als drei Zehntel der ganzen Staatssteuer abweichen.

§ 4 Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften

Die Gemeindesteuer von Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften (§ 99 und § 100 StG) beträgt **maximal** 100 % der ganzen Staatssteuer.

§ 5 Personalsteuer

~~5.1 Von jeder selbständig steuerpflichtigen Person (natürlich und juristisch), die am Ende der Steuerperiode oder der Steuerpflicht in der Gemeinde aufgrund persönlicher und wirtschaftlicher Zugehörigkeit steuerpflichtig ist, entrichtet kann eine Personalsteuer von 10 Franken erhoben werden.~~

~~5.2 Die Personalsteuer ist im vollen Betrag geschuldet, auch wenn die Steuerpflicht nur während eines Teils der Steuerperiode besteht.~~

IV. Steuerverfahren

§ 5 Steuerberechnung

- 5.1 Die Gemeindeverwaltung berechnet die Steuerbeträge nach diesem Reglement, ebenso allfällige Nachsteuern und Steuerbussen.
- 5.2 Sie stellt den Steuerpflichtigen die Steuerrechnung zu; diese enthält **mindestens** den Staatssteuerbetrag, den Gemeindesteuerfuss, den Gemeindesteuerbetrag, die ~~Feuerwehrsteuer~~ **Feuerwehersatzabgabe**, ~~die Personalsteuer~~, die Zahlungsfrist und eine Rechtsmittelbelehrung.
- 5.3 Aufgrund separater Vereinbarungen mit den Kirchgemeinden können gleichzeitig auch deren Steuern erhoben werden.

§ 6 Einsprache und Rekurs

- 6.1 Gegen die Steuerberechnung kann ~~der Steuerpflichtige~~ **die steuerpflichtige Person** bei der Gemeindeverwaltung innert 30 Tagen schriftlich Einsprache erheben.
- 6.2 Die Einsprache kann sich nur gegen die Berechnung des Steuerbetrages richten, nicht aber gegen die Einschätzung als solche.

6.3 Die Gemeindeverwaltung entscheidet über die Einsprache; der Entscheid wird kurz begründet und ~~dem Steuerpflichtigen der steuerpflichtigen Person~~ unter Angabe des Rechtsmittels schriftlich eröffnet.

6.4 Gegen den Einsprache-Entscheid kann ~~der Steuerpflichtige die steuerpflichtige Person~~ beim Kantonalen Steuergericht innert 30 Tagen schriftlich Rekurs erheben. Der Rekurs muss einen Antrag und eine Begründung enthalten.

§ 7 Verwirkung

Das Recht, eine Gemeindesteuer zu berechnen, erlischt 5 Jahre nach Rechtskraft der Staatssteuerveranlagung, frühestens aber 5 Jahre nach Ablauf der Steuerperiode (§ 254 StG).

§ 8 Gemeindesteuerregister

8.1 Das Gemeindesteuerregister wird von der Gemeindeverwaltung erstellt; es enthält nur die Endzahlen des steuerbaren Einkommens und Vermögens, die Sozialabzüge und die Steuerbeträge.

8.2 Auszüge aus dem Gemeindesteuerregister können den Steuerpflichtigen sowie mit deren schriftlichem Einverständnis ~~an Dritten gegen Gebühr (siehe Gebührenreglement der Einwohnergemeinde Fulenbach)~~ ausgestellt werden; für die Dauer der ungetrennten Ehe kann jeder Ehegatte ohne Zustimmung des andern einen Auszug verlangen; ~~Auszüge aus dem Gemeindesteuerregister sind kostenlos.~~ Registerauszüge stellt ~~der Gemeindesteuerregisterführer die Gemeindeverwaltung~~ aus.

§ 9 Vertretung der Gemeinde im Steuerverfahren

9.1 Die Gemeindeverwaltung vertritt die Gemeinde in Steuersachen; insbesondere ist sie befugt,

- a) im Veranlagungsverfahren Einsicht in die Akten zu nehmen (§ 121 Abs. 4 und § 123 StG)
- b) Einsprache und Rekurs gegen Verfügungen der Veranlagungsbehörden (§ 149 Abs. 1, § 155 Abs. 3, § 160 Abs. 1 StG) sowie gegen Entscheide ~~der Kantonalen Steuerverwaltung des Kantonalen Steueramtes~~ (§ 251 Abs. 1 und 3 StG) zu erheben;
- c) Ansprüche auf Bestimmung des Veranlagungsortes und auf Steuerauscheidung geltend zu machen (§ 146, § 251 Abs. 2 StG);
- d) Auszüge aus dem Gemeindesteuerregister auszustellen (§ 256 Abs. 2 und § 131 StG)
- e) Veranlagungsmittelungen entgegenzunehmen (§ 148 Abs. 3 StG);
- f) Sicherstellung von Steuern zu verlangen (§ 255 Abs 2 StG);

- ~~g) zum Erlass von Steuern im Veranlagungsverfahren Stellung zu nehmen (§ 182 Abs. 3 StG);~~
- h) über die Rückerstattung zuviel bezahlter, nicht geschuldeter Steuern und Bussen zu entscheiden (§ 183 StG);
- i) Beschwerde gegen die Berechnung des Kostenanteils der Einwohnergemeinde durch ~~die Kantonale Steuerverwaltung das Kantonale Steueramt~~ zu führen (§ 187 Abs. 4 StG).

9.2 Stellungnahmen **zu Steuererleichterungen** nach § 6 Abs. 2 des Steuergesetzes gibt der Gemeinderat ab.

V. Steuerbezug

§ 10 Fälligkeit

- 10.1 Die Steuern werden ~~während der Steuerperiode~~ in der Regel in der Steuerperiode, ~~am 1. Dezember fällig. Als Vorbezug werden mit Fälligkeiten je zu einem Drittel~~ am 31. März, am 1. Juli und am 1. Oktober ~~ein Drittel der Vorjahressteuer erhoben~~ fällig (Vorbezug). Grundlage dafür ist die letzte Veranlagung oder die Steuererklärung oder der mutmasslich geschuldete Betrag; wird ein mutmasslich geschuldeter Betrag festgesetzt, so ist ~~der Steuerpflichtige die steuerpflichtige Person~~ vorher anzuhören.
- 10.2 Entsteht die Steuerpflicht erst in der Steuerperiode, so wird von der Bezugsbehörde ein besonderer Fälligkeitstermin festgesetzt.
- 10.3 Die Steuer ~~gemäss Schlussrechnung~~ wird mit deren Zustellung fällig.

§ 11 Steuerbezug - provisorischer und definitiver Bezug

- 11.1 Die Gemeindesteuern werden von der Gemeindeverwaltung bezogen.
- 11.2 Wenn sich die Einkommensverhältnisse im Kalenderjahr im Vergleich zum in Rechnung gestellten Vorbezug erheblich geändert haben, können die Steuerzahlungen diesen neuen Einkommensverhältnissen angepasst werden. ~~Dazu verlangen Sie auf der Verwaltung das Formular „Provisorischer Steuerbezug“ und unterzeichnen dasselbe nach vorgenommener Neuberechnung rechtsgültig.~~ Sollten Sie auf Grund der **neuen** Berechnung mehr oder weniger als rechtskräftig geschuldet bezahlt haben, erhalten Sie Vergütungs- oder bezahlen **Sie** Verzugszinsen auf dem Differenzbetrag.
- 11.3 Nach Vornahme der Veranlagung wird die Schlussrechnung zugestellt. Provisorisch bezogene Steuern werden an die gemäss definitiver Veranlagung geschuldeten Steuern angerechnet.
- 11.4 Provisorisch bezogene Steuerbeträge, die für beide Ehegatten geleistet wurden, werden nach ihrer Scheidung, rechtlichen oder tatsächlichen Trennung ~~jedem Ehegatten je zur Hälfte an die Steuern~~ angerechnet. ~~die jeder Ehegatte~~

~~gemäss definitiver Veranlagung schuldet. § 13 Abs. 3 und 4 sind sinngemäss anwendbar.~~

11.5 Zu wenig bezahlte Beträge werden nachgefordert, zuviel bezahlte Beträge zurückerstattet.

§ 12 Zahlung und Zinspflicht

12.1 Die Steuer ~~muss ist~~ innert 30 Tagen seit der Fälligkeit zu entrichten ~~entrichtet werden.~~

12.2 Wird der Steuerbetrag nicht fristgerecht bezahlt, so ist er vom Ablauf der Zahlungsfrist an zu den vom Regierungsrat für die Staatssteuer festgelegten Bedingungen verzinslich.

~~12.3 Sämtliche zuviel bezahlten Steuern, die der Steuerpflichtige im Kalenderjahr geleistet hat, werden bis zur Zustellung der definitiven Schlussrechnung zu Gunsten des Steuerpflichtigen verzinst.~~

12.3 ~~Anderseits werden~~ Auf den in Rechnung gestellten Vorbezugsraten (1. Rate; 30. April / 2. Rate; 31. Juli / 3. Rate; 31. Oktober) ~~werden~~ bis zur Bezahlung des Steuerbetrages ~~Verzugszinsen zu Lasten des Steuerpflichtigen berechnet erhoben.~~

12.4 Ist bei Eintritt der Fälligkeit aus Gründen, die der Zahlungspflichtige nicht zu vertreten hat, eine Steuerrechnung noch nicht zugestellt, so beginnt die Zinspflicht 30 Tage nach deren Zustellung.

12.5 Wird der Steuerbetrag auf Mahnung hin nicht bezahlt, so ist die Betreuung einzuleiten.

§ 13 Rückerstattung und Rückerstattungszins

13.1 Zuviel bezahlte, nicht geschuldete aber in Rechnung gestellte Steuern und Bussen werden von Amtes wegen zurückerstattet. Zurückzuerstattende Beträge werden ~~bis zur Fälligkeit der definitiven Schlussrechnung~~ zu den vom Regierungsrat für die Staatssteuer festgelegten Bedingungen verzinst. Rechtskräftig festgesetzte Beträge gelten als geschuldet.

13.2 Werden Steuern an Ehegatten zurückerstattet, die in tatsächlich und rechtlich ungetrennter Ehe leben, kann die Zahlung an jeden der beiden Ehegatten erfolgen.

13.3 Sind Steuerbeträge, die für beide Ehegatten geleistet wurden, nach ihrer Scheidung, rechtlichen oder tatsächlichen Trennung zurückzuerstatten, erfolgt die Rückerstattung je zur Hälfte an jeden der beiden Ehegatten. Vorbehalten bleiben anders lautende Vereinbarungen der Ehegatten, welche diese der zuständigen Bezugsbehörde bekannt gegeben haben.

13.4 Weist ein Ehegatte nach, dass er nach der Scheidung, rechtlichen oder tatsächlichen Trennung Steuerbeträge für beide Ehegatten gemeinsam geleistet hat, werden sie an ihn zurückerstattet.

§ 14 Sicherstellung

- 14.1 Aus den in § 184 des Steuergesetzes genannten Gründen kann die Gemeindeverwaltung jederzeit Sicherstellung verlangen.
- 14.2 Gegen die Sicherstellungsverfügung kann der Zahlungspflichtige innert 30 Tagen ~~Beschwerde beim Regierungsrat~~ Rekurs an das Kantonale Steuergericht erheben. ~~Die Beschwerde~~ Der Rekurs hemmt die Vollstreckung der Sicherstellungsverfügung nicht.
- 14.3 Die Sicherstellungsverfügung gilt als Arrestbefehl nach Artikel 274 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SR 281.1). Der Arrest wird durch das zuständige Betreibungsamt vollzogen.
- 14.4 Die Einsprache gegen den Arrestbefehl nach Artikel 278 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SR 281.1) ist nicht zulässig.

§ 15 Zahlungserleichterung

Ist die Zahlung der Steuer, eines Zinses oder einer Busse innert der vorgeschriebenen Frist für den Zahlungspflichtigen mit einer erheblichen Härte verbunden, so kann die Gemeindeverwaltung Zahlungserleichterungen gewähren. § 181 des Steuergesetzes ist anwendbar.

~~15.2 Der Steuerpflichtige kann gegen den Entscheid innert 10 Tagen Beschwerde beim Gemeinderat erheben. Gegen den Beschwerdeentscheid kann er innert 10 Tagen Beschwerde beim Regierungsrat erheben (§ 199 ff. des Gemeindegesetzes).~~

§ 16 Steuererlass

- 16.1 Ist ~~der Steuerpflichtige~~ die steuerpflichtige Person durch besondere Verhältnisse wie Naturereignisse, Todesfall, Unglück, Krankheit, Arbeitslosigkeit, geschäftliche Rückschläge und dergleichen in ~~seiner~~ ihrer Zahlungsfähigkeit stark beeinträchtigt oder befindet ~~er~~ sie sich sonst in einer Lage, in der die Bezahlung der Steuer, eines Zinses oder einer Busse zur grossen Härte würde, kann der Gemeinderat die geschuldeten Beträge ganz oder teilweise erlassen. Das Erlassgesuch ist mit schriftlicher Begründung und mit den nötigen Beweismitteln ~~dem Gemeinderat bei der Gemeindeverwaltung~~ einzureichen. Ein vom Kanton bewilligtes Erlassgesuch gilt ~~ordentlicherweise~~ gleichzeitig auch als Erlassgesuch für Gemeindesteuern.

- 16.2 ~~Der Steuerpflichtige~~ Die steuerpflichtige Person kann gegen den Entscheid in-
nert ~~10~~ 30 Tagen ~~Beschwerde beim Regierungsrat~~ Rekurs an das Kantonale
Steuergericht (§ 255 Abs. 3 StG) erheben.
- 16.3 Während des Steuererlassverfahrens werden in der Regel keine Bezugshand-
lungen vorgenommen.
- 16.4 Auf Erlassgesuche, die nach Zustellung des Zahlungsbefehls eingereicht wer-
den, wird nicht eingetreten.
- 16.5 Die Bestimmungen der Steuerverordnung Nr. 11 über Zahlungserleichterun-
gen, Erlass und Abschreibungen gelten sinngemäss.

VI. Schlussbestimmungen

§ 17

- 17.1 Dieses Reglement tritt nach Genehmigung durch das Finanzdepartement am
~~01. Januar 2001~~ 01. Januar 2010 in Kraft.
- 17.2 Auf diesen Zeitpunkt sind alle ihm widersprechenden Bestimmungen über die
Gemeindesteuern aufgehoben, insbesondere das ~~von der Gemeindever-~~
~~sammlung am 16. Mai 2002 genehmigte~~ Steuerreglement der Einwohnergeme-
inde Fulenbach ~~vom 24. Juni 1987~~.

Von der Gemeindeversammlung beschlossen am: 13. Dez. 2000 / 16. Mai 2002

Der Gemeindepräsident:

Hugo Kissling

Der Gemeindeschreiber:

Emil Borner

Vom Finanzdepartement genehmigt am:

30. Januar 2001

Von der Gemeindeversammlung beschlossen am: 08. Dezember 2009

Der Gemeindepräsident:

Hugo Kissling

Der Gemeindeschreiber:

Emil Borner

Vom Finanzdepartement genehmigt am:

...